

Der KAMPFER

SOZIALISTISCHE

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



Nr. 9—10

September — Oktober 1968

2 Schilling

Die Nutznießer der ČSSR-Tragödie

Reaktionäre und faschistische Kräfte erhalten gefährlichen Auftrieb

Die Okkupation der Tschechoslowakei durch die fünf Mächte des Warschauer Paktes war ein Akt brutaler Aggression, für den es keine Entschuldigung, keine Rechtfertigung gibt. Es ist die Pflicht jedes aufrechten Demokraten, gegen diesen Akt der Aggression leidenschaftlich zu protestieren, dem tschechischen und slowakischen Volk zu helfen, wo immer geholfen werden kann.

Die Frage: Warum haben die Sowjets und die anderen Staaten des Warschauer Paktes sich zu dieser Handlung, die in Widerspruch zu allen ihren Friedensbekenntnissen steht, hinreißen lassen, wird noch lange diskutiert werden.

Heute sind wir nicht in der Lage, darauf eine befriedigende Antwort zu geben, sondern müssen uns mit einigen Feststellungen begnügen:

1. Es steht fest, daß die von Moskau und den anderen Okkupanten verbreitete Behauptung, führende Persönlichkeiten der Prager Regierung und des Zentralkomitees der KPC hätten um Hilfe ersucht, eine ebenso freche wie dumme Lüge ist. Wurde doch nicht ein einziger Name der Unterzeichner dieses sogenannten Hilferufes genannt! Es kann sich also, falls das Dokument nicht in Moskau fabriziert wurde, nur um einen anonymen Brief handeln, der in den Papierkorb gehört.

2. Es ist nicht wahr, daß die Tschechoslowakei von einer konterrevolutionären Gefahr bedroht war und die Konterrevolutionäre die Wiederherstellung des Kapitalismus, den Übergang des Landes ins westliche Lager vorbereiteten.

Vor der Okkupation hat es in der ČSSR viele ausländische Besucher gegeben, unter ihnen auch österreichische Sozialisten, Widerstandskämpfer und Gewerkschaftsfunktionäre. Sie hatten Gelegenheit, die Situation des Landes zu studieren und auch mit maßgeblichen Vertretern der sogenannten Reformkommunisten, wie der Kreis um Alexander Dubček genannt wurde, ausführliche Diskussionen zu führen.

Das Ergebnis war stets das gleiche: Niemand denkt an die Wiedereinführung des Kapitalismus. Die Produktionsmittel sollen nicht an ihre früheren Eigentümer zurückgegeben werden, sondern vergesellschaftet bleiben. Die angestrebten Wirtschaftsreformen haben lediglich das Ziel verfolgt, diese vergesellschaftete Wirtschaft zu dezentralisieren, zu entbürokratisieren, sie rentabler und rationeller zu machen.

Von einigen Außenseitern abgesehen, war auch keine grundsätzliche Änderung der Außenpolitik, etwa ein Ausscheiden aus dem Warschauer Bündnissystem, beabsichtigt. Allerdings wollten die Reformer für die ČSSR eine größere Bewegungsfreiheit innerhalb dieses Bündnissystems, vor allem auf handelspolitischem Gebiet (Kredite aus dem Westen usw.) erreichen.

3. Freilich hat es in der ČSSR auch antisozialistische Kreise gegeben, die mit reaktionären Kräften des Auslandes und westlichen Geheimdiensten zusammenarbeiteten. Aber nichts deutet darauf hin, daß die neue Staats- und Parteiführung unter Dubček und Swoboda nicht imstande gewesen wäre, mit diesen antisozialistischen Kreisen, die in den Volksmassen keine Unterstützung fanden, aus eigenem fertig zu werden.

Die Popularität Dubčeks war so riesengroß, vor allem bei der jungen, vom neuen Weg begeisterten Generation, daß eine kapitalistische Konterrevolution in der ČSSR nicht die geringsten Chancen hatte.

Warum wurde die ČSSR okkupiert?

Aus diesen Feststellungen ergibt sich mit zwingender Logik die Schlußfolgerung: Die Okkupation der ČSSR ist nicht deshalb erfolgt, um den Sieg der Konterrevolution, die Wiedereinführung des Kapitalismus zu verhin-

der n. Aller Voraussicht nach haben sich die fünf Staaten des Warschauer Paktes zu diesem brutalen Akt der militärischen Aggression entschlossen, weil sie fürchteten, der in der Tschechoslowakei begonnene Prozeß der Demokratisierung könne auch auf die anderen Länder des Ostblocks übergreifen.

Wurde doch in Prag der kühne Versuch gemacht, ein neues Gesellschaftsmodell zu entwickeln: Die Wirtschaft bleibt vergesellschaftet, es gibt keine Rückkehr zum Kapitalismus, aber gleichzeitig beginnt der Abbau der Diktatur, die Demokratisierung innerhalb der führenden Kommunistischen Partei und in allen anderen Lebensbereichen.

Wer Gelegenheit hatte, vor der Okkupation tschechoslowakische Zeitungen und Zeitschriften zu lesen, war tief beeindruckt von der freien Meinungsäußerung und dem hohen Niveau der geistigen Auseinandersetzung: Es wurde echt diskutiert, niemand hatte mehr Angst, seine Meinung zu sagen, Kritik zu üben, verschiedene Alternativen zur Debatte zu stellen.

Sie wollten einen demokratischen Sozialismus

Es ist für uns österreichische Sozialisten von besonderem Interesse, daß in diesen Diskussionen von Intellektuellen und Studenten auch die Bedeutung des Austromarxismus und die geistige Größe Otto Bauers entdeckt wurden. Und manche, die nie eine Zeile von Otto Bauer gelesen haben, kamen in ihren Analysen zu ähnlichen Ergebnissen wie der große Denker des Austromarxismus: Sie wollten als Alternative zum Kapitalismus einen demokratischen und menschlichen Sozialismus. Einen Sozialismus, der nicht von Bürokraten manipuliert wird, sondern die Selbstverwaltung der arbeitenden Menschen, die breiteste Demokratie verwirklicht.

Da in der Sowjetunion die nach dem Tode Stalins und dem 20. Parteitag der KPdSU begonnene Entstalinisierung steckengeblieben ist, fürchteten die Mächtigen im Kreml die Ausstrahlungskraft des „Prager Frühlings“. Deshalb erfanden sie das Gespenst der Konterrevolution, das die völkerrechtswidrige Okkupation rechtfertigen soll.

Wir wissen freilich nicht, ob dem verhängnisvollen Entschluß, die Tschechoslowakei zu okkupieren, nicht Richtungskämpfe in den führenden Gremien der sowjetischen Partei vorausgegangen sind. Manches deutet darauf hin. Auf jeden Fall haben sich jene durchgesetzt, die Panzer gegen Argumente, Soldaten gegen Ideen einsetzen ließen.

Das ist eine Schande für die gegenwärtige Sowjetführung, die damit jene Grundsätze gröblich verletzt hat, die einst von der russischen Revolution im Oktober 1917 proklamiert wurden. Einer dieser Grundsätze war: das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen. Jetzt wird das Selbstbestimmungsrecht der Tschechen und Slowaken von den Panzerarmeen der sowjetischen Großmacht niedergewalzt. Das ist eine Besudelung des Andenkens der großen russischen Revolution, deren welthistorische Bedeutung auch wir Sozialisten stets anerkannt haben.

Die Entwicklung geht weiter

Während diese Zeilen geschrieben werden (Anfang September 1968), wissen wir noch nicht, wie es in der ČSSR weitergehen wird, welcher Spielraum den leidgeprüften Völkern unseres Nachbarlandes noch verbleibt. Wir können nur hoffen, daß man auch in Moskau begreifen wird, daß die Okku-

pation der ČSSR eine katastrophale, dem Ansehen der Sowjetunion und der Sache des Weltfriedens unermesslichen Schaden zufügende Fehlentscheidung war.

Historisch betrachtet, läßt sich auch in der Sowjetunion der Prozeß der Auflockerung, Liberalisierung und Demokratisierung nicht aufhalten. Auch dort wachsen die Kräfte, die einen demokratischen und menschlichen Sozialismus wollen. Aber niemand vermag heute vorauszusagen, wann sich diese Kräfte durchsetzen werden, wann es ihnen gelingen wird, die dicke Mauer aus Dogmatismus und Bürokratismus zu durchbrechen, die unter Stalin aufgerichtet wurde.

Otto Bauer hat uns gelehrt, die marxistische Untersuchungsmethode auch auf die Entwicklung der Sowjetgesellschaft anzuwenden. Wir werden das auch in Zukunft tun und es uns nicht leicht machen wie jene, die einfach auf „die Russen“ schimpfen, ohne die besonderen gesellschaftlichen und historischen Bedingungen zu berücksichtigen, unter denen sich die Entwicklung Rußlands von einem halbfeudalen zu einem Industriestaat vollzogen hat.

Die große Gefahr von rechts

Überall im Westen hat dieser Aggressionsakt der fünf Staaten des Warschauer Paktes die Konservativen gestärkt, den reaktionären und faschistischen Kräften Auftrieb gegeben.

In einigen Ländern besteht die akute Gefahr, daß die Tragödie der Tschechoslowakei zu einem Rechtsruck führt, dessen Folgen für die arbeitenden Menschen verheerend sein würden. Auch in Österreich sind im Zusammenhang mit der tragischen Entwicklung in unserem Nachbarland die Konservativen, die Reaktionäre, die alten und die neuen Nazis wieder aggressiv geworden. Sie versuchen, das, was geschehen ist, zu einer Diskreditierung des Sozialismus und der Arbeiterbewegung zu mißbrauchen.

Höhnisch stellen heute die Unbelehrbaren die Frage: Was soll das ständige Gerede von den Verbrechen der Nazis, von Dachau und Auschwitz — schaut doch, was in der Gegenwart die Russen treiben.

Und, was noch gefährlicher ist: Die Okkupation der ČSSR stärkt im Westen jene „kalten Krieger“ und antikommunistischen Marschierer, die schon immer gegen die außenpolitische Entspannung, gegen die Verständigung im Interesse des Weltfriedens waren. Jetzt rufen sie nach verstärkter Rüstung, nach Festigung des NATO-Bündnisses. Und sie mißbrauchen das Schreckliche, das sich in der ČSSR ereignet hat, um abzulenken vom Krieg in Vietnam, von der blutigen Unterdrückung des spanischen, griechischen und portugiesischen Volkes durch rechtsradikale Diktaturen.

Widerliche Heuchelei

Mit Recht hat die Züricher Zeitschrift „Die Weltwoche“, ein liberales Blatt mit bürgerlicher Tendenz, aber anständiger Gesinnung, auf diese widerliche Heuchelei der Reaktionäre hingewiesen, die sich heute als Verteidiger der Tschechoslowakei aufspielen. So heißt es in einem Artikel von August E. Hohler unter anderem:

„Das Vorgehen der Sowjetunion, sogar machtpolitisch kaum verständlich, ist moralisch unentschuldigbar. Wenn freilich in der Empörung ein Gefühl des Triumphes mitschwingt, muß man skeptisch werden, und es besteht kein

Anlaß, sich mit allen, die jetzt laut protestieren, kurzerhand solidarisch zu fühlen.

Keine Solidarität, so scheint mir, ist mit jenen erforderlich, welche den Rückfall in den kalten Krieg, bei Licht besehen, nicht bedauern, sondern begrüßen: mit Kreisen also, denen Vietnam und Biafra, Santo Domingo und Griechenland gleichgültig sind und die, wenn es etwa um rebellierende Neger geht, die gleichen Methoden anwenden möchten und anwenden, die sie bei den Russen in der Tschechoslowakei verabscheuen: die Methoden der Gewalt nämlich.

Keine Solidarität ist auch mit jenen angezeigt, die im Grunde für Dubčeks freiheitlichen Sozialismus kaum Interesse haben, sondern lediglich auf eine Gelegenheit warten, um ihren pauschalen Antikommunismus wieder gehörig anzuheizen: was letztlich den Tschechoslowaken, um die es doch geht, nur schaden kann.“

(„Weltwoche“ vom 29. August 1968)

Und noch auf eine bemerkenswerte Pressestimme wollen wir aufmerksam machen: Der Paris-Korrespondent des Bonner „Vorwärts“ (Wochenzeitschrift der SPD), Georg Scheuer, berichtet aus der französischen Hauptstadt, wie sich die Gaullisten zur tschechoslowakischen Tragödie verhalten:

„Selbstverständlich versucht die gaullistische Propaganda, die Prager Ereignisse auszuheuten, um die Pariser Vorgänge in Vergessenheit zu bringen. Der französische Rundfunk scheute sich nicht, die Besetzung der Prager Universität durch russische Truppen als ‚Kulturschande‘ zu bezeichnen, während die Pariser Universität immer noch von französischer Polizei gesperrt ist.

Konservative Bürger, die Frankreichs revolutionäre Studenten als ‚Abschaum‘ beschimpften, vergießen Krokodilstränen über die ‚heldenmütige Prager Jugend‘. Sie loben die Freiheitssender und finden es gut, daß 140 Fernsehleute (in Paris) wegen ihrer Berichte im Mai entlassen wurden...“

(„Vorwärts“ vom 29. August 1968)

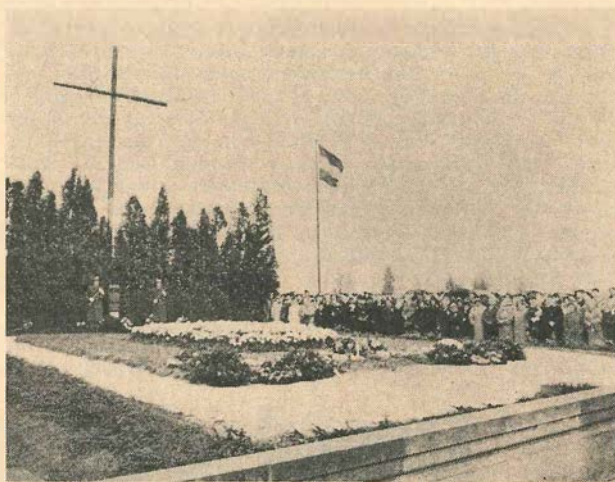
Als demokratische Sozialisten und sozialistische Freiheitskämpfer müssen wir einen Zweifrontenkampf führen: Es gilt, die Okkupation der Tschechoslowakei schärfstens zu verurteilen und allen Rechtfertigungsversuchen der Okkupanten ent-

gegenzutreten. Unsere ganze Sympathie gilt den Menschen jenes Landes, die ein Lidice erlebt haben und jetzt wieder die Leiden einer fremden Besetzung ertragen müssen.

Aber es gilt auch, den reaktionären und faschistischen Kräften mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Die Gefahr von rechts — das muß offen ausgesprochen werden — ist durch die tschechoslowakische Tragödie noch größer geworden. Aber auch innerhalb unserer eigenen Partei gibt es Gefahren, die nicht verschwiegen werden dürfen: Manche glauben, nach den furchtbaren Ereignissen in der CSSR wäre es am klügsten, die sozialistischen Grundsätze zurückzustellen und möglichst wenig vom Sozialismus zu reden. Vor diesem Weg kann nicht eindringlich genug gewarnt werden.

Wir österreichischen Sozialisten brauchen uns unserer sozialistischen Gesinnung nicht zu schämen. Wir haben keine Ursache, die rote Fahne zu verhüllen. Ist doch die von Otto Bauer so meisterhaft formulierte Erkenntnis, daß es ohne geistige Freiheit keinen Sozialismus geben kann, zu allen Zeiten unsere innerste Überzeugung gewesen. Was sich ereignet hat, widerlegt nicht, sondern bestätigt diese geschichtliche Wahrheit.



Wir werden Lidice nie vergessen! Um so schmerzlicher berührt es uns, daß ein Volk, das unter dem deutschen Faschismus so furchtbar gelitten hat, jetzt wieder unter einer fremden Besetzung leben muß. Wir verlangen daher: Abzug der fremden Truppen! Freiheit für die Tschechoslowakei!

Neonazistisches Machwerk beschlagnahmt

Ein Erfolg unserer Strafanzeige

In der letzten Nummer des „Kämpfers“ haben wir in dem Artikel: „Die Vergasten sind schuld“ das neonazistische und antisemitische Machwerk „Deutschland und die Juden“ angeprangert. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus gegen den Verfasser, DDDr. Franz Scheidl, die Strafanzeige erstattet hat. Die anderen Opferverbände schlossen sich dieser Anzeige an und nahmen ebenfalls gegen die Verbreitung von neonazistischen Schriften Stellung.

Im Zentralorgan unserer Partei, der „Arbeiter-Zeitung“, veröffentlichte Genosse Josef Hindels einen Artikel gegen das Machwerk DDDr. Franz Scheidls. Der Bundesminister für Justiz schrieb daraufhin an Genossen Hindels einen Brief, den wir im Wortlaut abdrucken:

Stellungnahme des Justizministers

„Zu Ihrem in der ‚Arbeiter-Zeitung‘ vom 6. Juli 1968 auf Seite 3 erschienenen Artikel, Nazimachwerk: Ermordete sind schuld‘ gestatte ich mir, Ihnen mitzuteilen, daß bezüglich des in Ihrem Artikel bezeichneten Buches des DDDr. Franz Scheidl von der zuständigen Staatsanwaltschaft mit Zustimmung des Justizministeriums der Antrag auf Beschlagnahme nach § 38 Pressegesetz wegen Verdachtes des Verbrechens nach § 3 g VG 1947 gestellt und weiters beim Landesgericht für Strafsachen Wien die Einleitung der Voruntersuchung gegen den Autor wegen § 3 g VG 1947 beantragt wurde.

Die gleichen Anträge wurden übrigens bezüglich zweier Werke des gleichen Autors, ‚Die Wahrheit über die Millionenvergasung von Juden‘ und ‚Deutschland, der Staat Israel und die deutsche Wiedergutmachung‘ gestellt.“

„Blauer Montag“ für Nazi-Scheidl

Inzwischen konnten wir feststellen, daß die Beschlagnahme des Buches „Deutschland und die Juden“ von DDDR. Franz Scheidl tatsächlich erfolgt ist.

In diesem Zusammenhang ist auch festzuhalten, daß der „Blaue Montag“ eine sehr positive Besprechung eines der Bücher dieses Naziautors veröffentlicht hat. Der „Blaue Montag“ ist schon früher durch ähnliche Veröffentlichungen unangenehm aufgefallen. Bekanntlich soll diese Zeitung, wie in der Tagespresse berichtet wurde, von den Eigentümern der wegen ihrer neonazistischen Schreibweise berüchtigten „Deutschen National- und Soldaten-Zeitung“ gekauft werden. Dazu schrieb die „Arbeiter-Zeitung“ vom 5. September 1968:

„Unabhängig von ihren Bemühungen um den ‚Montag‘ versucht die ‚Deutsche National- und Soldatenzeitung‘ auch auf andere Weise, in Österreich Fuß zu fassen: In den letzten Wochen ging einer Reihe österreichischer Druckereien ein Schreiben des Geschäftsführers der ‚Soldatenzeitung‘ zu, in dem im Namen des Alleingesellschafters ange-

fragt wird, ob man bereit wäre, einen langfristigen Druckauftrag für diese Zeitung zu übernehmen.

Allenfalls, so heißt es in dem Schreiben, würde man auch die Herstellung des Satzes allein vergeben. Es geht dabei um die Herstellung der ‚Soldatenzeitung‘ und Publikationen ähnlicher Art im ‚rheinischen oder im Berliner Format‘.

Zusammen mit dem Druckauftrag wird den Druckereien auch großzügig ein Darlehen angeboten. Der sogenannte ‚Blaue Montag‘ wird gegenwärtig in der ÖVP-nahen Wiener Druckerei ‚Herold‘ hergestellt. Sein Besitzer, dessen persönliche Verbindungen mit dem früheren stellvertretenden ÖVP-Landeshauptmann von Niederösterreich, Viktor Müllner, bekannt sind, soll sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden und deshalb zum Verkauf der Montagzeitung bereit sein.“

Bei Redaktionsschluß ist noch nicht bekannt, zu welchen Ergebnissen dieser Versuch, Österreich zu einem Pressezentrum des Neonazismus zu machen, geführt hat. Auf jeden Fall besteht Anlaß, beunruhigt und wachsam zu sein!

Kranzniederlegung beim Mahnmal in Mödling

Einem langgehegten Wunsche folgend, hielt der Landesverbandsvorstand von Niederösterreich am Samstag, dem 21. September 1968, im Friedhof in Mödling eine Gedenkkundgebung für die Opfer des Faschismus ab.

Es war einer der wenigen schönen spätsommerlichen Tage. Aus den meisten Bezirken Niederösterreichs trafen die Vertreter der Bezirksgruppen ein. Am Mödlinger Friedhof, weitab vom hektischen Getriebe, zogen sie im Schweigemarsch zur Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus. Vor dem Obelisk, auf dessen Plattform eine Opferschale brannte, fanden sich die Mitglieder des Landesverbandsvorstandes sowie als Vertreter der niederösterreichischen Landespartei Bürgermeister Fürst, als Vertreterin des Bundesvorstandes der Freiheitskämpfer Bundesrätin Rudolfine Muhr und viele andere Gäste ein. Auch eine Abordnung des Verbandes der tschechoslowakischen antifaschistischen Kämpfer nahm an der Kranzniederlegung teil. Die Gedenkrede hielt Altbürgermeister Josef Deutsch. Die Mödlinger Arbeiter, so führte er aus, waren stets

mutige Kämpfer für Freiheit, Recht und Sozialismus. Über jedes einzelne Opfer, dessen Namen auf dem Mahnmal verewigt ist, wußte er etwas zu sagen. Seine chronologischen Darstellungen widerspiegeln ein Stück Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung.

Der Obmann des Landesverbandes Leo Lesjak dankte Altbürgermeister Deutsch für die zu Herzen gehenden Worte. Er bedankte sich auch für die Errichtung des Mahnmals.

Genosse Lesjak schloß die Gedenkkundgebung mit dem Gelöbnis der Freiheitskämpfer, nach wie vor stets an der Seite der Unterdrückten für Freiheit, Recht und Sozialismus zu kämpfen, solange noch Blut in unseren Adern fließt.

Nach der Kranzniederlegung begaben sich die Landesverbandsvorstandsmitglieder und ihre Gäste auf den Mödlinger Cobenzl und anschließend nach Laxenburg. Mit einem freundschaftlichen Beisammensein, an dem auch Funktionäre aus Mödling teilnahmen, schloß die gelungene Veranstaltung.

Freundschaftstreffen in Steyr

Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer veranstaltete am 15. September 1968 ein Freundschaftstreffen in der wunderschönen Eisenstadt Steyr.

Bei der gemeinsam von den sozialistischen Freiheitskämpfern und der Bezirksorganisation Steyr durchgeführten Kundgebung im Volkskino versammelten sich 1000 Teilnehmer.

Nach der feierlichen Einleitung durch die Stadtkapelle Steyr begrüßte der Bezirksobmann Landesrat Franz Enge in herzlichen Worten die Festversammlung. Er drückte die Freude der Steyrer Sozialisten über den Beschluß des Bundesvorstandes, in Steyr das Freundschaftstreffen zu veranstalten, aus. Er erinnerte in seiner Ansprache an die ruhmreiche Vergangenheit der Stadt, verbunden mit dem Aufstieg der Arbeiterbewegung. Bei den letzten Gemeinderatswahlen 1967 erhielt die Sozialistische Partei zum ersten Male die Zweidrittelmehrheit.

Den Höhepunkt der Kundgebung bildete die tief ergreifende Rede unserer Vorsitzenden Rosa Jochmann. Sie gedachte des heldenhaften Kampfes der Schutzbündler im Februar 1934 auf der Ennsleiten. Der Blutzoll, den die Steyrer Sozialisten im Kampf um die Freiheit und Demokratie leisteten, war hoch. Josef Ahrer wurde am Galgen erwürgt, zwölf Schutzbündler sind im Kampf gefallen.

Die Toten zweier faschistischer Diktaturen in Österreich mahnen die Überlebenden, Freiheit, Frieden und Demokratie zu schützen. Die Welt braucht nichts so sehr als Frieden und Freiheit, darum beklagen wir die

Besetzung der Tschechoslowakei durch russische Truppen, den Krieg in Vietnam und die gewaltsamen Auseinandersetzungen, wo immer sie gegenwärtig toben, ob sich im Nahen Osten Israel und die Araber gegenüberstehen oder in Biafra um die Selbständigkeit der brutalste Kampf geführt wird.

Wir protestieren gegen jede Gewalt, in welcher Form sie immer auftritt. Das haben wir einst unseren unsterblichen Opfern versprochen, und dieses Versprechen werden wir halten.

Zum Schluß überreichte Genossin Jochmann dem Genossen Enge zur Erinnerung an diesen Tag eine Tischflagge.

Mit Beifall aufgenommen wurden auch die Darbietungen des Arbeitersängerbundes und die Rezitationen, vorgetragen von zwei jungen Menschen.

Mit dem „Lied der Arbeit“ wurde diese eindrucksvolle Kundgebung geschlossen.

Am Nachmittag besuchten Teilnehmer den Kurort Bad Hall, die anderen besichtigten die Stadt und die Umgebung, und ein Teil wurde Gast beim „Tag des Kindes“ im Werndlpark. Alle kamen auf ihre Rechnung, und am Abend, als zur Heimfahrt aufgebrochen wurde, bedauerten sie, daß der schöne Tag so rasch zu Ende ging.

Noch ein kurzer herzlicher Abschied von unseren Gastgeber, und dann ging es wieder heimwärts. Die Eindrücke aber waren unvergesslich und das Freundschaftstreffen ein Erfolg.

BUNDESHAUPTVERSAMMLUNG 1968

Der Bundesvorstand beruft die Bundeshauptversammlung für 9. und 10. November 1968 nach Wien ein.

Tagungsort: SPÖ-Bezirksorganisation Landstraße, Großer Saal, Wien 3, Landstraßer Hauptstraße 96

Beginn: Samstag, den 9. November 1968, um 10 Uhr

Tagesordnung:

1. Feierliche Eröffnung der Bundeshauptversammlung
2. Wahl des Präsidiums und der Kommissionen
 - a) Wahlkommission
 - b) Mandatsprüfungskommission
 - c) Antragsprüfungskommission
3. Begrüßungsansprachen
4. Berichte
 - des Obmannes
 - des Kassiers
 - der Kontrolle
 - der Opferfürsorge
5. Der Freiheitskampf in der Welt: gestern — heute — morgen
Referent: Genosse Josef HINDELS
6. Bericht der Mandatsprüfungskommission
7. Bericht der Antragsprüfungskommission
8. Neuwahl des Bundesvorstandes
9. Allfälliges
10. Feierlicher Abschluß
 - „50 Jahre Republik Österreich“
Es spricht Genosse Manfred ACKERMANN

Vor der Bundeshauptversammlung findet am gleichen Tagungsort die Wiener Landeskonferenz statt.

Beginn : 8 Uhr

Sonntag, den 10. November 1968, wird vor Beginn unserer Tagung ein Kranz am Grabe von Victor Adler niedergelegt. An dieser Kranzniederlegung nehmen alle Delegierten und Gäste der Bundeshauptversammlung teil.

Gedenkkundgebung für die Opfer der Gestapo

Im Rahmen einer Kundgebung wird Freitag, den 25. Oktober 1968, die feierliche Eröffnung eines Gedenkraumes für die Opfer der Gestapo in dem neuerrichteten Haus Leopold-Figl-Hof auf dem Morzinplatz vorgenommen.

Im Namen der Opferverbände

ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten,

Bundsvorstand Österreichischer Widerstandskämpfer (KZ-Verband),

Bund sozialistischer Freiheitskämpfer,

welche einen wesentlichen Anteil an der Ausgestaltung des Weiheraumes hatten, rufen wir alle Wiener und Wienerinnen zur Teilnahme an dieser Kundgebung auf. Diese findet um 19.30 Uhr vor dem Leopold-Figl-Hof statt.

Der Leopold-Figl-Hof wurde an der Stelle erbaut, an der einst das Hotel Metropol — der Sitz der Gestapo in Wien — stand. Von dieser Stelle aus mußten hunderttausende aufrechte Österreicher den Leidensweg in die Zuchthäuser und Konzentrationslager antreten. Für Unzählige war es ein Weg in den Tod.

Darum rufen wir die Jugend, wir rufen die Widerstandskämpfer, wir rufen alle, die Freiheit und Menschenwürde gewahrt wissen wollen.

Nähere Mitteilungen werden noch über die Tagespresse erfolgen. Wir fordern euch auf, auf diese Gedenkkundgebung jetzt schon aufmerksam zu machen, sie soll eine machtvolle Manifestation für Freiheit und Demokratie werden.

Opferfürsorgegesetz

Versorgungsleistungen und Einkommensgrenze ab 1. Jänner 1969

In der 19. Novelle zum OFG wurde die Dynamisierung aller Versorgungsleistungen eingeführt. Es gelten ab 1. Jänner 1969 folgende Sätze:

Opferrenten:

MdE	Grundrente	Zusatzrente
30 Prozent	81.—	—
40 Prozent	110.—	—
50 Prozent	266.—	513.—
60 Prozent	355.—	513.—
70 Prozent	496.—	526.—
80 Prozent	591.—	621.—
90/100 Prozent	1232.—	668.—
Alterszulage	51.—	—

Pflegezulagen:

Schwerstbeschädigtenzulage:

Stufe	§ 11 a Abs. 4	§ 11 a Abs. 5
I 985.—	lit. a 69.—	—
II 1478.—	lit. b 160.—	—
III 1972.—	lit. c 273.—	136.50
IV 2649.—	lit. d 410.—	205.—
V 3327.—	lit. e 570.—	285.—
(erhöht) 4436.—		

Hinterbliebenenrenten:

Witwen, Waisen, Elternteile	310.—
Doppelwaisen	443.—
Zuwendung für Doppelwaisen	443.—
Elternpaare	456.—

Unterhaltsrenten:

Opfer	1937.—
Opfer, die für eine Ehefrau (Lebensgefährtin) zu sorgen haben	2279.—
Hinterbliebene	1596.—
Beihilfe für Witwen, Waisen	1064.—
Hilflosenzulage	570.—

Sterbegeld:

Volles Sterbegeld (Höchstausmaß)	3080.—
Anrechenbarer Höchstbetrag	1232.—

Meßbeträge:

Witwen	1596.—
Waisen	1596.—
Eltern	1596.—
Witwenbeihilfe	1802.70
Waisenbeihilfe	1802.70

Die 20. Novelle zum Opferfürsorgegesetz

Die 20. Novelle zum OFG enthält die noch offenen Forderungen, deren Erfüllung seit Jahren gefordert wird.

Am 4. Juli 1968 haben die Vertreter der Opferverbände bei Staatssekretär Bürkle vorgesprochen, um neuerdings die Forderungen zu überreichen.

Es handelt sich bei den offenen Wünschen der Opfer nur um die Beseitigung von unsozialen Härten.

Staatssekretär Bürkle sagte die Überprüfung unseres Forderungsprogrammes zu. Wir werden nach Abschluß der Verhandlungen ausführlich über das Ergebnis der Verhandlungen berichten.

Aus dem Wiener Landesverband

Ottakring

Am 8. Februar 1968 fand die Jahreshauptversammlung der Bezirksgruppe Ottakring unseres Bundes statt. Vor einem zahlreich erschienenen Forum begrüßte Genosse Linnert unseren Bezirksobmann Stadtrat Hubert Pfoch, Gemeinderat Rössner und alle Anwesenden.

Vor Eingang in die Tagesordnung wurde unserer Toten gedacht — es waren sechs Genossinnen und sechs Genossen, davon wurde besonders des Genossen Kysela als früheren Bezirksobmanns und des Genossen Nachtnebel als unseres ältesten Mitgliedes gedacht. Genosse Nachtnebel zählte noch zu den Pionieren unserer Partei.

Nach der Trauermminute erstattete Genosse Eibicht den Bericht.

Er konnte auf eine Fülle von Arbeit verweisen und zeigte, daß die Kleinarbeit im Interesse der Partei getan werden muß. Mit dem Hinweis auf kommende Aufgaben schloß der Bericht.

Auf Antrag der Kontrolle wurde dem scheidenden Ausschuß einstimmig das Vertrauen ausgesprochen.

Für das Wahlkomitee stellte Genosse Löwy den Antrag, folgende Genossen zu wählen:

1. Obmann: Friedrich Eibicht, 2. Obmann: Franz Linnert; Kassier: Franz Segulin; Schriftführer: Gustav Hagner; Kontrolle: Leopold Herzog, Rudolf Grasgruber.

Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Eibicht, Hagner, Linnert.

Delegierte zur Landeshauptversammlung: Eibicht, Hagner, Linnert, Segulin, Herzog, Grasgruber.

Der Vorschlag wurde ohne Debatte angenommen.

Genosse Pfoch betonte in seinem Referat, mit welcher großer Freude er der Einladung zu unserer Jahresversammlung gefolgt sei, eine Tatsache, die auf Gegenseitigkeit beruht, da Genosse Pfoch bei uns immer ein gern gesehener Gast ist. Aus seinen persönlichen Erinnerungen sprach er von den Februartagen des Jahres 1934 und der Entwicklung bis zum heutigen Tag. Mit einer Mahnung an die Jugend, nicht zu erlahmen im Kampf gegen Unterdrückung und Tyrannei, schloß Genosse Pfoch seine Ausführungen.

Wie immer fesselte sein Vortrag die Zuhörer, und starker Beifall dankte dem Referenten.

Noch einmal zeigte der Film „Gewalt und Gewissen“, welcher unheilvoller Weg zum Untergang vieler Völker führt, wenn die Demokratie zerschlagen wird.

Das Lied der Arbeit beendete die Versammlung.

Währing

Adolf Adler

Sein Leiden dauerte sehr lange, und doch kam der Tod überraschend schnell für seine Angehörigen, für seinen Freundeskreis und nicht zuletzt für die Mitarbeiter der Ortsgruppe Währing des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer sowie



Bausteine

Ihres Vermögens sind Einlagen auf Ihr Sparkassenbuch. Sparen Sie regelmäßig. Und Ihr Vermögen und Ihr Wohlstand werden wachsen. Denn bedenken Sie: Zinsen tragen Zinsen. Wir bieten verschiedene Sparformen. Wählen Sie daraus die günstigste für Sie. Wir arbeiten für Sie. Ihr Vorteil!

ZENTRALPARKASSE
DER GEMEINDE WIEN

für den Funktionärestab der Sozialistischen Partei dieses Bezirkes.

Unser Freund und Mitarbeiter, geboren 1887, stammte aus einer bürgerlichen Familie der nun längst historisch liquidierten österreichisch-ungarischen Monarchie. Sein Weg schien damit vorgezeichnet. Realgymnasium, andere Unterrichtsanstalten, Verwendung im Verwaltungsdienst des Staates. Doch der junge Mann ging in der Sturm- und Drangperiode der Arbeiterbewegung Österreichs zu dieser, um mitzukämpfen für ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Fortschritt. Das war zu jener Zeit, seinen familiären Verhältnissen zufolge, eine kühne Tat. Und er blieb dieser Bewegung treu bis zu seinem Tode.

Mit dem Zusammenbruch der Monarchie und der Veränderung der Verhältnisse wird nun unser Freund Spitzenfunktionär der Gewerkschaft „Technische Union“, Mitarbeiter an ihrer Fachzeitschrift, bildet sich aber gleichzeitig zum Fachmann in Verwaltungssachen aus.

1934 wurde unser Freund zwar nicht wie tausend andere Angestellte und Arbeiter entlassen oder gemäßregelt, dazu war sein Fachwissen zu groß. Doch daß Zurückstellen, Gehaltskürzungen usw. nicht gerade günstig auch auf seine Familie, Frau und Kinder, wirkte, erscheint begreiflich. Und dann kam die Flucht durch Europa — 1938. Aber es kam wieder ein Mai 1945. Und in alter Weise, mit frischem Mut und Tatkraft nahm er die Arbeit in den neugegründeten Organisationen wieder auf, besonders im Bund sozialistischer Freiheitskämpfer, seit 1948 in der Leitung der Ortsgruppe Währing. Selbstverständlich kam auch in diesen Jahren seine Mitarbeit in der Sozialistischen Partei nicht zu kurz.

Es gibt viele Menschen in der Welt, im Bezirk — politische, aber auch Rassenopfer des Faschismus —, die es seinem Fachwissen zu verdanken haben, wenigstens magere Renten und andere Fürsorge durch ihn zu genießen. Dies war im letzten Jahrzehnt seines Lebens der Inhalt, dem er sich mit Freude widmete. Seinen Mitarbeitern gegenüber ein lebenswürdiger Genosse und Helfer im Streit um eine bessere Zukunft. Wohl den Söhnen, die einen solchen Vater hatten. Und deshalb soll auch dieses Wenige, was wir hier als Nachruf kundtun, ihnen zum Trost gereichen.

Das Banner hält,

Wenn der Mann auch fällt.

und daß dem so ist, daran hat unser guter Freund und Weggenosse fleißig mitgewirkt.

Aus den Landesorganisationen

Kärnten

Am 17. September 1968 fand eine Sitzung des Landesverbandes Kärnten statt.

Anwesende:

Alt-Landeshauptmann Wedenig, Pawlik, Brenter, Dipl.-Kfm. Schleicher, Schweinzer, Lona Sablatnig, Valentinitich, Scharfensteiner, Olga Zimmermann.

Tagesordnung:

1. Berichte
2. Bundeshauptversammlung am 9. und 10. November 1968
3. Nationalfeiertag am 26. Oktober 1968
4. Kassenangelegenheiten
5. Allfälliges.

Vor Eingang in die Tagesordnung hält Landesobmann Alt-Landeshauptmann Wedenig dem am 25. April in Wernigerode

(DDR) völlig unerwartet verstorbenen bisherigen Landesobmannstellvertreter und Bezirksobmann unseres Bundes von St. Veit an der Glan, Genossen Heinrich Kanolzer, einen Nachruf, der von den Vorstandsmitgliedern stehend angehört wurde.

Es wurde der Antrag gestellt, an seiner Stelle den Genossen Thomas Wieser, ÖGB-Bezirkssekretär in St. Veit an der Glan, zu seinem Nachfolger als Landesobmannstellvertreter zu bestellen. Dieser Antrag wird vom Landesvorstand einstimmig angenommen. Der geschäftsführende Obmann Genosse Hans Pawlik gab einen Bericht über die durchgeführte Gedenkfahrt nach Dachau und die inzwischen notwendig gewordenen Interventionen.

Genosse Wedenig ergänzte den Bericht und schilderte die Eindrücke, die diese Gedenkfahrt, besonders bei den vier mitgenommenen Jugendfunktionären, erweckte. Für die 21 Teilnehmer war diese Gedenkfahrt ein unvergeßliches Erlebnis. Vom Amt der Kärntner Landesregierung erhielt der Landesverband Kärnten unseres Bundes dafür eine außerordentliche Subvention von 10.000 S, wofür besonderer Dank dem Landesobmann Hans Sima und dem zuständigen Referenten Landeshauptmannstellvertreter Dr. Hans Kernsting gebührt. Die Rundschreiben des Bundesvorstandes wurden den Vorstandsmitgliedern zur Kenntnis gebracht.

Zur Bundeshauptversammlung am 9. und 10. November in Wien, verbunden mit Feierlichkeiten „50 Jahre Republik Österreich“, sollen nach Einlangen der Aufforderung zur Delegierung folgende Genossen entsendet werden: Ferdinand Wedenig, Thomas Wieser, Dipl.-Kfm. Johannes Schleicher, Franz Schweinzer, Jakob Scharfensteiner. Als eventueller Ersatzmann wird Genosse Lukas Wieder nominiert.

Vom Landesvorstand wird der Beschluß gefaßt, am kommenden Nationalfeiertag, dem 26. Oktober, wie im Vorjahr wieder gemeinsam mit den beiden anderen Verbänden im Komitee zur Errichtung des Mahnmals für den österreichischen Freiheitskampf in Kärnten auf dem Zentralfriedhof der Landeshauptstadt Klagenfurt eine Kranzniederlegung vorzunehmen. Die entsprechenden Vorbereitungen sollen durch unseren Bund angeregt werden.

Der Landeskassier Genosse Brenter gab einen Überblick über den Kassenstand des Landesverbandes. Er klagte dabei, daß die Mitgliedsbeiträge zum Teil sehr schleppend herein kommen. Über die Zahlung der Beiträge für die Jungmitglieder entspinnt sich eine Debatte. Von den neu angemeldeten 29 Jugendlichen haben noch nicht alle den Jahresbeitrag 1968 entrichtet, die anderen sollen nochmals gemahnt werden. Genosse Wedenig will in den Herbstmonaten eine Werbeaktion innerhalb unserer Jugendorganisationen machen. Unter „Allfälliges“ werden die Ereignisse in der CSSR, die sehr beunruhigend für unser Land sind, erörtert und als ein arger Rückfall in den Imperialismus und militärische Gewaltherrschaft bezeichnet.

Landesverband Obersteier

Genossin Maria Plevka 75 Jahre

Die Bezirksgruppe Kapfenberg des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus versäumte es nicht, ihrer lieben Genossin und braven Funktionärin Maria Plevka zur Vollendung des 75. Lebensjahres zu gratulieren.



Die Genossen Eichelberger und Jaritz stellten sich mit einem schönen Geschenkkorb als Gratulanten ein. Sie überbrachten die besten Glückwünsche seitens der Landesleitung Obersteier sowie auch der Bezirksgruppe Kapfenberg, mit dem Wunsche, Genossin Plevka möge noch lange Jahre als Funktionärin in unserer Mitte weilen. Unsere liebe Maria mußte auch schwere politische Verfolgungen mit in Kauf nehmen, als Zeugin geladen, sollte sie gegen unsere Genossen, welche schon Monate hindurch in Haft waren, belastende Aussagen machen. Da Genossin

Plevka dies nicht tat, wurde sie im Gerichtssaal verhaftet und mußte ebenfalls den schweren Gang in das KZ Ravensbrück antreten. Wir wünschen unserer lieben Genossin Plevka nochmals alles Gute, und sie möge noch viele gute und frohe Lebensabende genießen.

Unsere Toten

Die Bezirksgruppe Kapfenberg beklagt innerhalb weniger Monate den Tod unserer langjährigen Mitglieder Ludwig Aschbacher, Josef Brachtl, Karl Pflanzl und Felix Rieder.

Die Verstorbenen reißen in unsere Bezirksgruppe eine schmerzliche Lücke. Sie waren zeit ihres Lebens gute Sozialisten, und in der Zeit faschistischer Unterdrückung blieben sie aufrechte Kämpfer für Freiheit und Recht.

Wir werden ihrer stets in Freundschaft gedenken und sie niemals vergessen.

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen und Genossinnen mitgearbeitet:

Paul BERNSTEIN, Friedrich EIBICHT, Alois EICHELBERGER, Josef HINDELS, Leo LESJAK, Rudolfine MUHR, Franz PAVELKA, Hans PAWLIK.

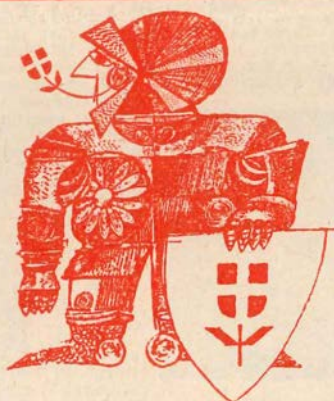
Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1050

P. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unbestellbar zurückgeschickt werden müssen.

JEDERZEIT SICHERHEIT



**WIENER
STÄDTISCHE
VERSICHERUNG**

**Redaktionsschluß
für die nächste Nummer: 15. November 1968**

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Telefon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

1. Werdertorgasse 9 Jeden 1. u. 3. Mo.
2. Praterstern 1 Di. 16 bis 18 Uhr
3. Landstraßer Hauptstraße 96 Fr. 18 bis 20 Uhr
4. Wiedner Hauptstraße 60 b Mo. 18 bis 19 Uhr
5. Kohlgasse 27 Mi. 18 bis 19 Uhr
6. Otto-Bauer-Gasse 9 Do. 19 bis 20 Uhr
7. Neubaugasse 25 Jeden 1. u. 3. Di. 18 bis 19 Uhr
8. Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
9. Marktgasse 2 Mi. 17 bis 19 Uhr
10. Laxenburger Straße 8/10/I Jeden 3. Di.
17 bis 19 Uhr
11. Simmeringer Hauptstraße 80 .. Jeden 2. u. 4. Di.
18 bis 19 Uhr
12. Ruckergasse 40 Mi. 18 bis 19 Uhr
13. Jodlgasse 7 Di. 18.30 bis 19.30 Uhr
14. Linzer Straße 297 Jeden 1. Fr. 18 bis 19 Uhr
15. Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr
16. Schuhmeierplatz 17—18 Do. 17 bis 19 Uhr
16. Zagorskigasse 6 Do. 17.30 bis 19 Uhr
17. Röttergasse 29 (Sekretariat der
Mietervereinigung) Mo. 17 bis 18 Uhr
18. Gentzgasse 62 Jeden 1. Fr. 18 bis 20 Uhr
19. Billrothstraße 48 Di. 17 bis 19 Uhr
20. Raffaelgasse 11 Do. 18 bis 20 Uhr
21. Prager Straße 9, 1. Stock Jeden 1. u. 3. Mo.
17 bis 18.30 Uhr
22. Donauefer Straße 259 Jeden 2. Mo.
18 bis 19 Uhr
23. Liesing, Breitenfurter Straße 2 .. Jeden 1. u. 3. Mo.
18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei:

19. Billrothstraße 48, Jeden 1. u. 3. Di.
(Arbeiterheim Döbling) 17.30 bis 18.30 Uhr

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Baden, Wassergasse 31, Jeden 1. Sa.
Bezirkssekretariat der SPÖ 8 bis 12 Uhr
- Mödling, Hartigstraße 13, Jeden 1. Sa.
Buchinger-Heim 9.30 bis 11 Uhr
- Wr. Neustadt, Bezirkssekretariat der SPÖ, Wiener Straße 42, Jeden 1. Mo.
9 bis 11 Uhr
- St. Pölten, Bezirksleitung,
St. Pölten, Prandtauerstraße 4 .. Sa. 9 bis 12 Uhr
- Schwechat, Bezirkssekretariat der SPÖ, Körner-Halle Jeden 1. Fr.
16 bis 18 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Bezirkssekretariat der SPÖ, Permayerstraße 2 Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Bahnhofstraße 44,
II. Stock, Zimmer 1, ÖGB- und Arbeiterkammergebäude Tägl. außer Sa.
10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36/I, Jeden 1. und 3. Mi.
Hotel „Schiff“, Hoftrakt, Zimmer 3 16 bis 19 Uhr
- Steyr, Damberggasse 2, Jeden 1. Di.
Gasthof Gamsjäger 16 bis 17 Uhr

Salzburg:

- Salzburg, Arbeiterheim, Paris-Lodron-Straße 21, Zimmer 30 .. Sa. 10 bis 12 Uhr

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13, Jeden 1. Mi.
Zimmer 17 17 bis 19 Uhr
- Bruck an der Mur,
Schillerstraße 22

- Kapfenberg, Volksheim Jeden 2. Mi.
(Zimmer 14), Wiener Straße 16 bis 18 Uhr

Tirol:

- Kufstein, Hötendorferstraße 4